

Jugendparlament lehnt Gesetzesentwurf zur Politischen Bildung ab

Abgeordnete skizzieren ihre Vorstellungen zum neuen Unterrichtsfach in mehreren Entschliefungen

Wien (PK) - Die Einfuhrung eines eigenen Unterrichtsgegenstandes Politische Bildung lasst noch auf sich warten. Zwar stimmten samtliche MandatarInnen des Jugendparlaments bei der Plenarsitzung darin uberein, dass das politische System Osterreichs an den Schulen besser vermittelt werden musste. Begrundet wurde dies unter anderem mit dem auf 16 Jahre gesenkten Wahlalter und einem wachsenden Desinteresse an der Politik, dem nur mit mehr politikbezogener Information beizukommen sei.

Dennoch gab es zwischen den Fraktionen noch groBe Differenzen in Bezug auf die geplante Schulorganisationsgesetz-Novelle, vor allem uber die zeitliche Einbettung des neuen Fachs Politische Bildung in den Schulunterricht. Anders als in der Ausschusssitzung zuvor fand der Gesetzesentwurf im Plenum folglich nur die Zustimmung einer Minderheit. Hatten sich im Ausschuss noch Gelb, Weif und Turkis auf den Kompromiss geeinigt, Politische Bildung in der 7. und 8. Schulstufe als Pflichtfach mit drei Stunden pro Woche einzufuhren, fand diese Losung in der Plenarsitzung wenig Zuspruch.

Mit insgesamt funf Entschliefungsantragen, die alle angenommen wurden, definierte das Jugendparlament jedoch, wie es Politische Bildung als eigenstandiges Unterrichtsfach auf den Weg bringen mochte.

Positiver Grundtenor zum Unterrichtsfach Politische Bildung

Gleich eingangs forderte Abgeordneter Tom DUNSHIRN (Violett) das Plenum auf, gegen den Gesetzesentwurf zu stimmen. Der Ansatz seiner Fraktion Politische Bildung mit vier Unterrichtsstunden pro Monat verpflichtend einzufuhren, ware der einzig sinnvolle Weg zur umfassenden Vermittlung politischen Wissens gewesen, argumentierte er.

Abgeordnete Klaudija KUZMANOVIC (Weif) fuhrt das Wahlrecht ab 16 Jahre als Grund fur die Haltung ihrer Fraktion an, weswegen es ein Gebot der Stunde sei, Politische Bildung an den Schulen mehr in den Vordergrund zu rucken. Derzeit verfugten junge aber auch altere Wahlberechtigte uber viel zu wenig Informationen in diesem Bereich, meinte sie stellvertretend fur ihre Fraktion.

Ebenfalls auf die gesamte Gesellschaft bezog sich Mandatar Jakob SZEPANNEK (Violett) in seiner Begrundung, warum Politische Bildung im Schulunterricht fur ihn sehr wichtig sei. Der vorliegende Gesetzesentwurf spiegle allerdings nicht die Position aller Fraktionen wider, monierte er, daher musse dagegen gestimmt werden.

Dem widersprach Turkis-Mandatarin Katharina RINNHOFFER. Um Politische Bildung in ganz Osterreich als Schulfach einfuhren zu konnen, solle dem vom Ausschuss abgesegneten Gesetzesentwurf zugestimmt werden, ersuchte sie. Es gehe nicht an, diese Novelle wegen eines Missverstandnisses in der Formulierung fallen zu lassen.

Abgeordneter Niklas REINPRECHT (Gelb) schloss sich dieser Haltung an und sah den Standpunkt seiner Fraktion durchaus in der vom Ausschuss abgeänderten Vorlage vertreten. Dem Gesetzesvorschlag müsse daher stattgegeben werden, so sein Appell.

Mit einem Pflichtfach Politische Bildung in der 7. und 8. Schulstufe werde notwendiges Basiswissen unterrichtet, das dann später als Freigegegenstand ausgeweitet werden kann, führte Abgeordneter Fabian GRÜNERT (Weiß) den Inhalt des Entwurfs aus und hieß ihn grundsätzlich gut. Das Unterrichtsfach erst ab der 8. Schulstufe anzubieten, wie in der diesbezüglichen Regierungsvorlage zunächst vorgesehen, wäre zu spät.

Abgeordnete Lisa ZOGLAUER von den Türkisen unterstrich erneut die Bedeutung, die ein auf politischen Wissenserwerb fokussiertes Fach für ihre Partei habe. Widersprüche über den Gesetzestext, wie sie bei den Verhandlungen zwischen den Fraktionen aufgetreten waren, dürften die Beschlussfassung nicht untergraben.

Nur mit ausreichendem Wissen über die Gesetzgebung sei es den WählerInnen möglich, erläuterte Gelb-Mandatarin Linda REITMEIER, selbstbestimmte demokratische Entscheidungen zu treffen. Lediglich die Medien als Informationsquelle zur Politik zu nutzen reiche nicht aus.

Durch mehr Politische Bildung an den Schulen könne die Wahlbeteiligung gesteigert und ein frischer Wind in die Politik gebracht werden, ergänzte Abgeordnete Stella-Jo THURNER (Türkis). Auch Politologe Peter Filzmaier teile die Ansicht, dass Unterricht über das politische System nottue, betreffe die Politik doch alle Bereiche der Gesellschaft.

Gesetzesentwurf erhält vielfach ein Ungenügend

Abgeordnete Stephanie KERBL (Violett) betonte, Politische Bildung sei wichtig für die Zukunft der SchülerInnen. Sie verwahre sich daher gegen einen achtlosen Umgang mit der Thematik, nur um schnell ein Gesetz darüber zu beschließen; das Jugendparlament solle daher dem Gesetzesentwurf in seiner jetzigen Form nicht zustimmen.

Weiß-Mandatarin Eliana SEFA erinnerte an die Kompromissbereitschaft von Gelb und Türkis bei den Verhandlungen über die anvisierte Novelle des Schulorganisationsgesetzes, und verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, dass Politische Bildung als essentieller Wissensbereich fix im Lehrplan der 7. und 8. Schulstufe verankert werde.

Violett sei im Laufe der Beratungen als einzige Fraktion den eigenen Standpunkten treu geblieben, erwiderte Abgeordnete Marlies HUBER (Violett), während die anderen Klubs ihre Position ständig geändert hätten. Dezidiert sprach sie sich gegen ein Streichen von Unterrichtsstunden zugunsten des Lehrgegenstands Politische Bildung aus, da ja der Stoff in allen Fächern gleich bleibe.

Türkis-Mandatar Clemens PERGER unterstrich, sein Klub habe sehr wohl bald einen Standpunkt gefunden und diesen auch bis zum Ende der Verhandlungen durchgehalten. Man dürfe sich nun wegen eines

Formulierungsfehlers im Gesetzestext nicht in Schuldzuweisungen ergehen, sondern solle sich über die erbrachte Leistung des Sitzungstages freuen.

Türkis, Gelb und Weiß hätten den Violetten Klub völlig ignoriert, warf Abgeordnete Katharina GRÜNER (Violett) den KollegInnen der anderen Fraktionen vor. Dementsprechend sei der Abänderungsantrag der Violetten zur Regierungsvorlage kaum beachtet worden, zeigte sie sich erbost.

Abgeordneter Marc SRDITS von den Gelben befand ebenfalls, es sei schlicht zu wenig verhandelt worden, folglich könne fast niemand mit dem vorliegenden Entwurf zufrieden sein. Er forderte das Plenum auf, den Gesetzesvorschlag abzulehnen.

Nicht zufriedenstellend sehe er die angepeilte zeitliche Aufteilung des Unterrichts von Politischer Bildung mit drei Wochenstunden, präzisierte Weiß-Mandatar Benedikt GRÜNERT.

Türkis-Mandatarin Sarah OKASHA fand dagegen in dem Gesetzesvorschlag großteils Übereinstimmung mit der Position ihres Klubs. Politische Bildung müsse als eigenes Fach etabliert werden, konstatierte sie, denn ohne umfassender politischer Information gebe es keine eigene Meinungsbildung.

Für Abgeordneten Maximilian OEBEL (Gelb) war es völlig unklar, ob alle Mitglieder seiner Fraktion mit der vorliegenden Fassung des Gesetzesentwurfs einverstanden sind - ungeachtet der Tatsache, dass Gelb gemeinsam mit Türkis und Weiß im Ausschuss zu einem Kompromiss gelangt sei.

Abgeordnete Kim KOLDITZ (Weiß) verwies hingegen darauf, dass die Erlangung von politischem Grundwissen bereits in der Unterstufe wichtig sei - dementsprechend habe Weiß die ursprüngliche Regierungsvorlage im Ausschuss gemeinsam mit Gelb und Türkis geändert. Der vorliegenden Fassung sei daher stattzugeben.

Gegen die im Vorschlag festgelegten drei Wochenstunden Politische Bildung sprach sich Abgeordnete Nülifer ÖZEL (Gelb) aus. In ihren Augen ist ein intensiver Unterricht mit 12 Monatsstunden, die auch geblockt abzuhalten wären, eher realisierbar.

Trotz aller Unsicherheiten, die es im Gesetzesentwurf noch gebe, bekannte sich Abgeordnete Julia RUDISCHER (Weiß) klar zum gesetzlich geplanten Einzelfach Politische Bildung in der 7. und 8. Schulstufe. Das Gesetz müsse deswegen mit Mehrheit das Plenum passieren.

Ihr Fraktionskollege Konstantin FICHTINGER hielt daraufhin fest, er könne dem Entwurf nicht zustimmen. Aufgrund von Missverständnissen seien nun nämlich die drei Wochenstunden Politische Bildung im Gesetzestext auf die 7. und 8. Schulstufe aufgeteilt worden, anstatt den wöchentlich dreistündigen Unterricht in diesem Fach für jedes der beiden Jahre vorzusehen.

Entschließungsanträge verdeutlichen Interesse an Politischer Bildung

In mehreren Entschließungsanträgen gingen die Fraktionen näher auf die von ihnen gewünschten Rahmenbedingungen für das Unterrichtsfach Politische Bildung ein.

So brachte Ophelia KOHLER (Violett) einen Antrag mit der Forderung ein, LehrerInnen für Deutsch und Geschichte sollten eine zusätzliche Ausbildung für Politische Bildung abschließen. Dadurch werde das Fach aufgewertet, und das würde dazu beitragen, dass die Jugend mehr Interesse an der Politik und am zivilgesellschaftlichen Engagement zeige.

Weiß und Türkis stellten die Forderung auf objektiven Unterricht im Fach Politische Bildung. In einem von Abgeordnetem Betim FAZLIU (Weiß) dazu eingebrachten Entschließungsantrag heißt es, Lehrkräfte dürfen in diesem Unterrichtsgegenstand nicht ihre eigene politische Meinung vermitteln.

Violett-Mandatar Michael BODNER schloss sich seinem Vorredner inhaltlich an. Er unterstrich die Bedeutung einer neutralen Stoffvermittlung in der Politischen Bildung und dachte dabei auch fachbezogene Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte an.

Die LehrerInnenausbildung im Zusammenhang mit Politischer Bildung thematisierte Abgeordneter Benedikt HANSA (Weiß). In einem Antrag seiner Fraktion und der Türkisen wird die Bundesregierung aufgefordert, ein Studium Politische Bildung als Voraussetzung für den Unterricht in diesem Fach vorzusehen. Das Pochen auf ausgebildete Lehrkräfte für das neue Unterrichtsfach solle auch den 'echten' Abgeordneten zeigen, erklärte Hanser, wie groß das Interesse der SchülerInnen daran sei.

Da Jugendliche vorrangig an für sie relevante Bereiche interessiert sind, hob Abgeordnete Anna-Katharina FARNLEITNER (Gelb) hervor, setze die Gelbe Fraktion alles daran, auch die Politik der Jugend als relevantes Thema näherzubringen. Mit einem Gelb-Entschließungsantrag werden daher Gedanken über die Gestaltung des Unterrichts im Fach Politische Bildung angeregt. Ein Element dabei könnten beispielsweise Besuche von PolitikerInnen an den Schulen darstellen, beschrieb die Mandatarin weiter.

Abgeordneter Donart SALHIU (Weiß) kam erneut auf die fachspezifische Lehrkörperausbildung zu sprechen. Dadurch solle auch verhindert werden, so Salhiu, dass LehrerInnen ihre eigene Meinung mit dem Fach Politische Bildung vermischen. Ohne speziell ausgebildete PädagogInnen würde womöglich gerade über diesen Unterrichtsgegenstand wieder die Parteipolitik in den Schulen Einzug halten.

Türkis-Mandatarin Öznur BEKTAS bekräftigte, auch für LehrerInnen in Ausbildung müsse Politische Bildung als eigenes Fach geschaffen werden. Es gelte, die diesbezüglichen Anträge zu unterstützen.

Dementsprechend forderte Gelb-Abgeordneter Mario KLEMENT mit einem Entschließungsantrag seiner Fraktion, die Bundesregierung solle für

eine angemessene LehrerInnenausbildung zum Unterricht in Politischer Bildung sorgen. Etwa mittels eines eigenen Lehrstuhls für Politische Bildung und einem Geschichte-Lehramt mit Schwerpunkt in diesem Fach, schlug er vor.

Der Gesetzesentwurf zur Einführung des Fachs Politische Bildung als Pflichtgegenstand an Schulen blieb bei der Abstimmung schließlich in der Minderheit. Sämtliche Entschließungsanträge wurden allerdings mehrheitlich angenommen. (Schluss)